

## **Wortprotokoll zu TOP 31, 43 und 44**      Öffentliche Sitzung

### **Hauptausschuss**

80. Sitzung  
28. Oktober 2020

Beginn: 12.05 Uhr  
Schluss: 16.27 Uhr  
Vorsitz: Franziska Becker (SPD), zeitweise Andreas Statzkowski (CDU)

### Punkt 31 der Tagesordnung

Bericht SenUVK – V B – vom 09.09.2020

**Uferwand Schillingbrücke**

(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 26.08.2020)  
(in der 79. Sitzung am 23.09.2020 von der Konsensliste  
genommen und auf die Tagesordnung der 80. Sitzung  
am 28.10.2020 gesetzt)

[2786 B](#)  
Haupt

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Gibt es hierzu von Ihrer Seite aus Wortmeldungen? – Herr Goiny!

**Christian Goiny (CDU):** Wir würden einen Folgebericht anfordern, weil es ja noch nicht so richtig weitergegangen ist, um es zurückhaltend zu formulieren. Der Bericht ist vom 9. September, wenn ich es richtig sehe. Gibt es einen aktuelleren Sachstand, der hier heute kurz dargestellt werden kann?

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Herr Heinemann!

**Sven Heinemann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Goiny hat meine Frage vorweggenommen.

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Andere Fragen kann ich nicht erkennen. – Dann bitte ich Sie, Herr Staatssekretär, um Beantwortung.

**Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK):** Herzlichen Dank! – Es gibt einen neueren Stand. Der Leiter unserer Tiefbauabteilung, Herr Adam, wird ihn Ihnen vorstellen.

**Lutz Adam (SenUVK):** Zwischenzeitlich ist uns das Gutachten des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg zugegangen, auch das endgültige Gutachten. Dieses weist aus, dass die Uferwand in dem gesamten Abschnitt, also 157 Meter BA und auch in unserem Abschnitt, in einem ungenügenden oder auch katastrophalen Bauwerkszustand ist. Die Uferwand hat ein Alter zwischen 95 und 110 Jahren, ist nicht standsicher und muss zwingend durch einen Ersatzneubau ersetzt werden. In Abstimmung mit dem Bezirksamt haben wir zwischenzeitlich – das Bezirksamt mit uns – weitere Planungen veranlasst, erst mal als Sofortsicherung, weil auch ein Zehnmeterstreifen in der Spree gesperrt werden musste, weil durch die Nichtstandsicherheit der Uferwand dort ein Versagen nicht ausgeschlossen werden konnte. Wie Sie der Presse entnommen haben, ist auch landseitig ein Stück gesperrt worden. Insofern beginnen jetzt die Planungsarbeiten für Sofortsicherungsmaßnahmen und ebenfalls Untersuchungen, in welcher Art und Weise die Uferwand durch einen Ersatzneubau ersetzt werden kann, einschließlich der dazugehörigen Kostenschätzung.

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Herr Goiny!

**Christian Goiny (CDU):** Vielen Dank, Herr Adam! Sagen Sie uns, falls ich es übersehen habe: Haben wir das Gutachten hier im Parlament schon bekommen, und wenn nein, könnten Sie uns das freundlicherweise kurzfristig zur Verfügung stellen? Vielleicht können Sie es schon updaten – wie man neudeutsch sagt –, damit wir es am 11. beim entsprechenden Einzelplan thematisieren können. Vielleicht können Sie dann zum Kosten- und Zeitplan schon Näheres sagen. Dann würden wir jetzt keinen Folgebericht beantragen, sondern darum bitten, dass wir das im Rahmen des Nachtragshaushalts noch mal besprechen können. – Danke schön! Und uns das Gutachten zur Verfügung stellen – vielleicht habe ich es übersehen, ich habe es nicht gefunden –, aber dass wir es bis dahin haben!

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Herr Heinemann!

**Sven Heinemann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Adam, für den kurzen und detailreichen Bericht! Ich kann mich erinnern, dass, als wir den TOP das letzte Mal aufgerufen haben, auch im Raum stand, dass es eine Verbindung zwischen Gebäude und Uferwand gibt oder das nicht ausgeschlossen werden kann. Macht das Gutachten eine Aussage dazu, inwieweit das dortige Gebäude landseitig davon auch betroffen ist? Vielleicht ist es ja sinnvoller, das gleich mit abzureißen und durch einen Ersatzneubau zu ersetzen, bevor man das umfangreich sichert. – Vielen Dank!

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Die Senatsverwaltung mit Bitte um Beantwortung!

**Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK):** Herzlichen Dank! – Das Gutachten können wir gern zur Verfügung stellen. Zu den weiteren technischen Fragen wird Herr Adam noch kurz ausführen können.

**Lutz Adam (SenUVK):** Wir werden das Gutachten hier einstellen können. Uns liegt es vollständig vor mit Taucheruntersuchung, mit allem Drum und Dran, sodass Sie an der Stelle vol-

le Einsicht haben. Das Weitere wird jetzt auch Bestandteil der fortlaufenden Planung sein, Herr Abgeordneter Heinemann! Inwieweit wir tatsächlich die Uferwand neu bauen können, ersatzneubauen können, möglichst unter Beibehaltung der vorhandenen Gebäude, die dort sind, dazu kann ich jetzt noch keine Aussage machen, das zeigt das Gutachten an der Stelle noch nicht voll inhaltlich auf. Das Gutachten war primär dazu da, den Bauwerkszustand der Uferwand nachhaltig und genau zu beurteilen.

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Herr Goiny!

**Christian Goiny (CDU):** Vielen Dank, Herr Staatssekretär! Vielen Dank, Herr Adam, für die Information! Dann würden wir gern so verbleiben, dass wir das Gutachten vielleicht am 11. vorliegen haben und uns dann vielleicht noch mal unterhalten, wie der aktuelle Sachstand ist. – Ich hatte eben versäumt zu sagen, Herr Vorsitzender, ich bitte um Entschuldigung: Wir hätten gern zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Danke, das haben wir so aufgenommen! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Für heute offensichtlich nicht. Dann können wir Tagesordnungspunkt 31 heute in der Weise beschließen.

Punkt 43 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 18/2333

**Geschäfte der DIESE eG und der beteiligten Bezirke  
auf den Prüfstand stellen – Schadensbegrenzung  
jetzt!**

[2678](#)

Haupt

StadtWohn

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses StadtWohn vom 03.06.2020 vor, den Antrag auch mit geändertem Berichtsdatum „30. Juni 2020“ abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen AfD bei Enthaltung CDU und FDP).

hierzu:

- a) Änderungsantrag der AfD-Fraktion zum Antrag der  
AfD-Fraktion  
Drucksache 18/2333-1

[2678 A](#)

Haupt

StadtWohn

- b) Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Antrag der  
AfD-Fraktion  
Drucksache 18/2333-2  
(in der 78. Sitzung am 09.09.2020 vertagt)

[2678 B](#)

Haupt

StadtWohn

verbunden mit

Punkt 44 der Tagesordnung

- a) Fragen der AfD-Fraktion vom 13.03.2020 betr.  
**DIESE eG**

[2679 D](#)

Haupt

- b) Vertraulicher Bericht SenStadtWohn – IV A 24 – vom  
18.05.2020  
**Förderung der DIESE eG**  
(Berichtsauftrag aus der 71. Sitzung vom 11.03.2020)

[2679 E](#)

Haupt

Vertrauliche  
Beratung

- c) Bericht BA Friedrichshain-Kreuzberg – Dez  
BauPlanFM – vom 03.07.2020  
**Beantwortung des ergänzenden Berichtsauftrags zu  
bezirklichen Vorkaufsrechten zugunsten der  
DIESE eG**  
(Berichtsauftrag aus der 71. Sitzung vom 11.03.2020)  
(a) bis c) in der 78. Sitzung am 09.09.2020 vertagt)

[2679 F](#)

Haupt

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Ich weise darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 44 b einen vertraulichen Bericht enthält, und wenn Dinge aus diesem vertraulichen Bericht heute diskutiert werden sollen, müsste die Öffentlichkeit dafür ausgeschlossen werden. Es gibt, bevor wir in die Beratung eintreten, zwei Wortmeldungen. – Herr Goiny, bitte sehr!

**Christian Goiny (CDU):** Meine Wortmeldung wäre schon zur Beratung.

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Dann Frau Dr. Brinker, bitte sehr! – [Zuruf von Dr. Kristin Brinker (AfD)] – Okay! Dann kommen wir zur Beratung des Ganzen. Herr Goiny hatte sich als Erster gemeldet. – Bitte sehr!

**Christian Goiny (CDU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte an dieser Stelle ankündigen, dass wir noch ein paar Nachfragen schriftlich einreichen würden, auch zum Freitag. Dann habe ich noch die Frage/Bitte an die Rechnungshofpräsidentin, ob Sie sich in der Lage sehen, uns die Prüfungsmitteilungen und die Stellungnahmen der Bezirke, die Sie im Rahmen Ihrer Prüfung bekommen haben, auch zur Verfügung zu stellen, damit wir das in unsere Beratung miteinbeziehen können.

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Herzlichen Dank! – Frau Dr. Brinker, bitte sehr!

**Dr. Kristin Brinker (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Erst mal auch ein Dankeschön an den Landesrechnungshof für die sehr zügige Prüfung des Gesamtsachverhaltes! Letztlich bestätigt der Bericht voll und ganz unsere bisherige Auffassung zu dem Gesamtkomplex, vor allen Dingen unter der Maßgabe, dass hier zum einen zugunsten einer Genossenschaft das Vorkaufsrecht ausgeübt worden ist, deren finanzielle Leistungsfähigkeit in keiner Weise gegeben war. Die Frage, die sich uns stellt – das habe ich schon mehrfach gesagt –, ist, inwiefern die DIESE eG tatsächlich in der Lage ist, mit so vielen Immobilien umzugehen. Auch dazu bedarf es gewisser fachlicher Qualifikationen. Jeder, der mal ein Miethaus verwaltet hat, weiß, was das bedeutet. Das ist nicht einfach mal eben so getan.

Was für mich ein neuer Aspekt war, ist die fehlende Einbindung des Rechtsamtes. Was mich interessiert – sowohl an den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg als auch an die Senatsverwaltung gerichtet –, ist: Welche Konsequenzen werden jetzt aus diesem Sachverhalt gezogen, das heißt, welche Regularien werden sowohl auf Bezirksebene als auch auf Landesebene als Konsequenz, als Kontrollinstanz, wie auch immer, eingeführt, um ein solches Thema, das wir doch lang und breit immer wieder besprochen haben, in Zukunft zu verhindern und letztlich auch zu verhindern, dass das Ganze möglicherweise auch zulasten der Mieter gehen kann? Das Modell DIESE eG steht nach wie vor auf wackligen Füßen. Es ist zwar jetzt die Insolvenz abgewendet worden, es gibt auch keine neuen Immobilien mehr, die der DIESE eG angeboten werden, weil sie es letztlich auch nicht mehr finanziert bekommt, aber es ist auf jeden Fall kein tragfähiges Modell, denn es ist letztlich ein Hochrisikogeschäft.

Die DIESE eG als Konstrukt ist ja kein Neutrum, sondern die DIESE eG hat Genossen, also Mitglieder, die Gelder einzahlen, und das sind in der Regel Mieter. Ein Anteil kostet 500 Euro, das ist wahnsinnig viel Geld, gerade für Mieter, die man eigentlich unterstützen will. Insofern ist das letztlich auch ein Hochrisikogeschäft genau für diese Genossen und diese Mieter, und es kann eigentlich nicht Sinn und Zweck und auch nicht im Interesse von Rot-Rot-Grün sein, dass hier solch ein Risiko auf Mieter übertragen wird. Insofern könnte das, sobald sich die Rahmenbedingungen am Berliner Wohnungsmarkt oder am Zinsmarkt ändern, den Mietern mächtig auf die Füße fallen, weil sie zeitgleich auch Genossen sind – zumindest viele –, vor allen Dingen denen, die zum Beispiel das Geld für die Genossenschaftsanteile nicht haben, sondern diese sogar abzahlen und abstottern müssen.

Insofern meine Frage: Wie wird sichergestellt, dass in Zukunft so ein Drama nicht mehr vonstattengehen kann? Ich sage deswegen Drama, weil ich sowohl bei der Senatsverwaltung für Finanzen als auch bei der Senatsverwaltung für Wohnen und in beiden Bezirksämtern war, also Friedrichshain-Kreuzberg und Tempelhof-Schöneberg, und Akteneinsicht genommen habe. Wenn man die Akten liest – ich werde daraus logischerweise nicht zitieren –, dann kriegt man schon eine Idee, mit welchem Druck gearbeitet wurde, um der DIESE eG die Immobilien zuzuführen, und wie an vielen Stellschrauben immer wieder gedreht worden ist, und das kann es eigentlich nicht sein. Dass Genossenschaften auch in Zukunft auf jeden Fall Häuser erwerben können, unabhängig vom Vorkaufsrecht, ist völlig klar, das haben wir auch immer gesagt, das ist auch ein Thema für uns, aber nicht in dieser Form, wenn keine entsprechenden Grundlagen – finanziell, fachlich usw. – dafür gegeben sind. – Vielen Dank!

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Herzlichen Dank! – Ich weise noch mal sicherheitshalber darauf hin: Soweit Sie Stellung nehmen wollen zu Punkt 44 b, haben wir selbstverständlich die Öffentlichkeit auszuschließen. Ich bitte, das vorher anzukündigen, damit wir die entsprechenden Vorkehrungen treffen können. Es sind jetzt Fragen gestellt worden, zunächst an die Präsidentin des Rechnungshofs. – Bitte sehr!

**Karin Klingen** (Rechnungshof; Präsidentin): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Goiny, für Ihre Frage! Die Prüfungsmitteilungen sind abgeschlossen. Es ist nicht das übliche Verfahren, dass wir die Prüfungsmitteilungen dem Parlament zur Verfügung stellen, aber ich sehe das Informationsbedürfnis des Hauptausschusses, der ja auch selber die Anregung für diese Prüfung gegeben hat. Dieser Entscheidung kann ich aber nicht vorgreifen, das müsste das Große Kollegium des Rechnungshofs beschließen. Erforderlich wäre dafür schon ein Beschluss des Hauptausschusses, der den Rechnungshof darum bittet, nicht der einer Fraktion. Das wäre ein Hinweis von mir. Die Prüfungsmitteilungen enthalten auch vertrauliche Sachverhalte, sodass wir die dann nur im Datenraum zur Verfügung stellen könnten.

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Wir bleiben zunächst bei der Beantwortung der Fragen. Ich nehme natürlich wie immer gern weitere Wortmeldungen aus den Fraktionen auf. Weitere Fragen waren an die Senatsverwaltung und meines Erachtens auch an das Bezirksamt gestellt worden. – Zunächst die Senatsverwaltung, bitte!

**Staatssekretärin Wenke Christoph** (SenStadtWohn): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich würde kurz zu der Frage Stellung nehmen, welche Konsequenzen oder Kontrollen in der Senatsverwaltung eingehalten oder genutzt werden. Zunächst gelten ja weiterhin und von Anfang an auch die Förderrichtlinien für die Gewährung von Darlehen für Genossenschaften. Die galten im Fall der DIESE eG, und die gelten auch weiter und werden auch angewendet durch die Senatsverwaltung, die IBB usw. Insofern wird da auf Grundlage der Förderrichtlinien und von Recht und Gesetz gearbeitet. Vielleicht hat es sich im Fall der DIESE eG um den Sonderfall einer neu gegründeten Genossenschaft gehandelt, wo natürlich auch Fragen der finanziellen Leistungsfähigkeit eine Rolle gespielt haben. In der Folgezeit haben wir andere Anträge auch an das Gremium zur Förderung von Genossenschaften eher von etablierten Genossenschaften bekommen, die noch mal eine andere finanzielle Grundlage haben. Das hat sich in der Praxis natürlich als einfacher herausgestellt. Insofern wurden jetzt keine zusätzlichen Kontrollen eingeführt. Die Konsequenz, die wir daraus ziehen, ist, dass gerade im Fall von neu gegründeten Genossenschaften solche Prüfungsfragen der Wirtschaftlichkeit eine wichtige Rolle spielen und dass wir weiterhin und verstärkt ein Auge darauf haben.

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Herzlichen Dank! – Herr Bezirksstadtrat! Sie haben das Wort.

**Bezirksstadtrat Florian Schmidt** (BA Friedrichshain-Kreuzberg): Das Bezirksamt hat schon zum Ausdruck gebracht, dass wir dem Rechnungshof dankbar sind für die wichtigen Hinweise und seine umfängliche Bewertung. Die Empfehlungen des Rechnungshofs hinsichtlich verwaltungsinterner Abläufe sind ja bereits nach Eingang des Prüfberichtes in einem Bezirksamtsbeschluss im September umgesetzt worden, und sie tragen zur Optimierung der Abläufe beim Vorkaufsrecht bei. Zukünftig wird das Bezirksamtskollegium final entscheiden, ob ein Vorkaufsrecht ausgeübt werden soll. Im Vorfeld werden das Rechtsamt und die Beauftragte des Haushalts beteiligt. Die Beauftragte des Haushalts ist in diesem Fall die Leitung des Stadtentwicklungsamts. Zudem hat das Bezirksamt verabredet, für verschiedene Typen von vorkaufbegünstigten Dritten noch spezielle Prüfkriterien zu entwickeln, sprich: für landeseigene Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften, Stiftungen und andere Akteure, die es dann gibt.

Also: Der Rechnungshof hat wichtige Hinweise gegeben, die auch im Sinne einer einheitlichen Verwaltungspraxis in Zukunft berücksichtigt werden. Entscheidend ist, dass das Vorkaufsrecht zugunsten von Genossenschaften seit 2019 zur Aufrechterhaltung des Milieuschutzes maßgeblich beiträgt. Mittlerweile wurde in fünf Berliner Bezirken, ich glaube, zwölf Mal das Vorkaufsrecht zugunsten von Genossenschaften ausgeübt, und fast 400 Wohnungen konnten auf diesem Wege gesichert werden. Also noch mal danke an den Rechnungshof, und wir lernen auch weiter.

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Es gibt zwei weitere Wortmeldungen aus dem Kreis der Abgeordneten. – Herr Goiny! Sie haben das Wort.

**Christian Goiny** (CDU): Frau Präsidentin! Vielen Dank für die Auskunft! Wir würden dann eine Berichtsbitte an den Rechnungshof richten, damit er im Kollegium darüber entscheiden kann, ob er hier der Bitte des Hauptausschusses folgen kann – wenn das vertrauliche Unterlagen sind, dann selbstverständlich in dem entsprechenden Rahmen, den wir dafür im Parlament haben. – Danke!

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Frau Dr. Brinker!

**Dr. Kristin Brinker** (AfD): Vielen Dank, auch für die Erläuterung! – An Herrn Schmidt oder das Bezirksamt Kreuzberg habe ich noch eine Nachfrage. Betrifft die neue Berücksichtigung und die neue Vorsicht auch den Vorschlag des Rechnungshofes zu klären, ob der Widerruf eines Verwaltungsaktes ein geeignetes Instrument zur Vermeidung etwaiger finanzieller Risiken sein kann? Könnten Sie das noch kurz darstellen? – Ich bitte um ein Wortprotokoll für diesen Tagesordnungspunkt. – Vielen Dank!

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Herzlichen Dank! – Herr Zillich!

**Steffen Zillich** (LINKE): Ich will kurz Stellung nehmen zu dieser Beschlussbitte über die Herbeiziehung der Unterlagen. Es ist insofern eine etwas schwierige Situation. Ich hätte keine Einwände gegen einen solchen Berichtsauftrag, wenn die Fraktion das haben will, ich könnte

aber, wenn der Rechnungshof sagt, er braucht eine Bewertung des Parlaments, ob solche Unterlagen herausgegeben werden können – so habe ich es verstanden, sonst müsste die Präsidentin das noch ein bisschen genauer sagen –, nicht umstandslos zustimmen. Wenn es hier normal – das muss der Rechnungshof beurteilen – auf dem Wege einer Berichtsbitte geht, dann soll das so sein. Ansonsten müssten wir für uns abwägen – das machen wir jetzt nicht ad hoc –, inwieweit dieses normale Verfahren des Rechnungshofs, Prüfberichte zu erstellen, die dann nicht umstandslos weitergegeben werden können, durch einen solchen Beschluss des Parlaments dann möglicherweise konterkariert werden würde.

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Herr Goiny!

**Christian Goiny (CDU):** Ich hatte es so verstanden, dass auf meine Frage hin die Präsidentin gesagt hat, das macht sie nicht, nur weil die CDU-Fraktion das möchte. Aber ich habe das ja hier im Hauptausschuss bestellt, und es ist, glaube ich, verfahrensmäßig so, dass alle Berichtsbitten, die hier von einer Fraktion kommen, am Ende als entsprechende Berichtsbitte des Ausschusses an die Verwaltung gehen. Egal, wer hier eine Berichtsbitte stellt, es ist ja nie die Berichtsbitte der Linksfraktion, der Grünen, der CDU oder wie auch immer, sondern immer die Berichtsbitte des Ausschusses. Insofern: Wenn wir hier sagen, es gibt die Berichtsbitte einer Fraktion, der wie allen anderen Berichtsbitten stattgegeben wird, dann geht die eben vom Ausschussbüro an den Rechnungshof. Ich glaube, das ist genau das Verfahren, das die Frau Präsidentin hier adressiert hat. Nicht mehr und nicht weniger meinte ich an dieser Stelle auch. Es ist Ihnen vielleicht aufgefallen, dass wir hier in der Diskussion bisher inhaltlich nicht Stellung genommen und keine wie auch immer gearteten Schlussfolgerungen daraus gezogen haben, weil es uns erst mal darum geht, den Sachverhalt vollständig dargelegt zu bekommen. Wir sehen das als einen weiteren Beitrag dazu, und deswegen haben wir uns hier an der inhaltlichen Diskussion heute auch gar nicht beteiligt. Ich finde, diesen Weg sollte man auch insgesamt hier beschreiten.

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Frau Präsidentin!

**Karin Klingen (Rechnungshof; Präsidentin):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Es ist richtig, ich habe ausdrücken wollen: Der Rechnungshof würde eine Berichtsbitte des Ausschusses prüfen, nicht eine Berichtsbitte einer einzelnen Fraktion. Wenn Sie jetzt allerdings einer Berichtsbitte des Ausschusses zustimmen, dann ist es schon so, dass Sie auch damit einverstanden sind, dass der Ausschuss vom Rechnungshof so einen Bericht anfordert. Das ist ja Inhalt dieser Berichtsbitte. Ob das rechtlich zulässig ist, werden wir als Rechnungshof selbstverständlich dann auch noch mal prüfen.

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Dann frage ich den Ausschuss, inwieweit Einvernehmen darüber besteht. Gibt es Widerspruch dagegen, so einen Berichtsauftrag in der Form – – – [Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)] – Sie können sich gern melden, dann nehme ich Sie selbstverständlich gern ran. Bitte sehr, Herr Zillich!

**Steffen Zillich (LINKE):** Kein Widerspruch gegen das normale Verfahren.

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Herzlichen Dank! – Ich frage trotzdem noch einmal rein formal: Gibt es Widerspruch gegen das vorgeschlagene Verfahren? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann hat der Hauptausschuss hiermit diesen Berichtswunsch in der



Form geäußert, und wir nehmen das zu Protokoll. Herzlichen Dank! – [Zuruf von Dr. Kristin Brinker (AfD)] – Eine Frage war noch offen? An wen, bitte? – [Zuruf von Dr. Kristin Brinker (AfD)] – Herr Schmidt! Möchten Sie diese Frage noch beantworten?

**Bezirksstadtrat Florian Schmidt** (BA Friedrichshain-Kreuzberg): Ja! Geht ganz schnell: Nein, das trifft nicht zu.

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Danke sehr! – Wir kommen zur Beschlussfassung über die Anträge. Mir ist signalisiert worden, dass es dazu eine Wortmeldung der AfD-Fraktion gibt. – Bitte sehr, Frau Dr. Brinker!

**Dr. Kristin Brinker** (AfD): Vielen Dank! – Unser Antrag zu dem Gesamtkomplex datiert ja schon von Ende letzten Jahres. In der Hauptsache war es uns wichtig, dass der Rechnungshof die Unterlagen entsprechend prüft. Das hat inzwischen stattgefunden, und deswegen beantrage ich, dass wir unseren Antrag für erledigt erklären an dieser Stelle. – Danke!

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Darüber ist formal im Ausschuss abzustimmen. – Herr Zillich, bitte sehr!

**Steffen Zillich** (LINKE): Es steht der AfD-Fraktion frei, ihren Antrag zurückzuziehen. Wir werden einer Erledigungserklärung nicht zustimmen.

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Ich bin von der Verwaltung darauf hingewiesen worden, dass wir hierüber jetzt ein Meinungsbild zu erstellen haben. Dann werden wir dies tun. Wer dem Antrag der AfD-Fraktion an dieser Stelle zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind die CDU- und die FDP-Fraktion.

Da der Antrag damit als nicht zurückgezogen gilt, ist über diesen Antrag in der Form abzustimmen. Ich habe zunächst die Frage an die AfD-Fraktion, ob Sie Interesse hat, das Berichtsdatum, das wir ursprünglich auf den 23. Mai 2020 terminiert hatten, zu ändern. – Bitte sehr, Frau Dr. Brinker!

**Dr. Kristin Brinker** (AfD): Der Form halber wäre es dann schon besser. Insofern können wir es gerne pro forma auf den 31. Oktober oder so ändern.

**Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski:** Gut! 31. Oktober ist schon sehr bald, insofern ist es tatsächlich wohl mehr pro forma gemeint. Wir werden zunächst über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion zu befinden haben. Das ist die Drucksachennummer 18/2333-1 bzw. die Vorgangsnummer 2678 A. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das ist die FDP-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind die Koalitionsfraktionen und die CDU-Fraktion. Damit ist dieser Antrag mit 3 : 2 Stimmen angenommen worden. Das stellen wir dann so fest. Ich bin gespannt, wie das Berichtsdatum eingehalten werden kann.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu? – Das ist die FDP-Fraktion. Wer

stimmt dagegen? – Das ist niemand. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind logischerweise alle anderen Fraktionen.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Gesamtantrag in seiner veränderten Form. Wer jetzt diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – 31. Oktober war gewünscht worden, wie das auch immer einzuhalten wäre, theoretisch. Es ist ja nicht meine Aufgabe als Vorsitzender, darüber zu befinden. – Das ist die AfD-Fraktion mit 2 Stimmen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind die CDU- und die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag abgelehnt worden. Dann haben wir die Tagesordnungspunkte 43 und 44 damit erledigt.